

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

15.4.1925 (No. 87)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung
E. K. M. S.
E. K. M. S.
E. K. M. S.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
E. K. M. S.
E. K. M. S.
E. K. M. S.

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Geldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiklische weitere Verbreitung und Konsumverfälschung fällt der Redaktion fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unerwartete Druckfälschungen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die Regierungskrisis in Frankreich

Das Kabinett Herriot ist gestürzt, weil es gleich zuviel auf einmal erreichen wollte und nicht die Kraft besaß, um seine Position dort zu stärken, wo es vor allem darauf angekommen wäre, nämlich im Kampf mit seinen parlamentarischen Gegnern. Während Herriot außenpolitisch der nationalistischen Opposition weit entgegenkam, hat er in innerpolitischen Fragen, so vor allem in der Finanzfrage und in den Fragen Kirchen- und Schulpolitischer Art, eine Politik befolgt, die mit ihrer Schroffheit der Opposition taktisch recht erwünscht war.

Mit der Entfesselung eines Kulturkampfes hat der nationalistische Block eine Reihe von Anhängern mobil gemacht, die vielleicht in anderen Dingen gar nicht so innig mit ihm übereinstimmen. Die Hauptfrage blieb der Hinweis auf den bedrohten Geldbeutel, auf die zu erwartende Revision der Steuererhebung nach den Wünschen und Anschauungen der Linken. Man muß immer an die Tatsache denken, daß die wohlhabenden Schichten in Frankreich auch bis heute noch nicht zum Steuerzahlen erzogen worden sind. Daß sie es sind, die fortgesetzt dem nationalistischen Block huldigen, kann man aus ihren Interessen heraus wohl begreifen: sie glauben auch heute noch, daß eine chauvinistische Politik Deutschland gegenüber all das an Zahlungen herauspressen würde, was sie selbst auf dem Wege einer geordneten Besteuerung aufzubringen nicht fähig sind.

Die Situation erinnert in etwa an die Deutschlands in den Jahren 1922/23. Auch in Deutschland haben erst die bitteren Erfahrungen des Ruhrkampfes und der Inflation Großgrundbesitz und Industrie für eine Politik der Übernahme großer Lasten reif gemacht. Alles, was f. Zt. das Kabinett Herriot noch gänzlich vergeblich versucht hat, ging seit dem Herbst des Jahres 1923 verhältnismäßig glatt vonstatten, bis das Londoner Darlehenkommen die Bereitschaft der deutschen Wirtschaft zur Übernahme schwerer dauernder Lasten besiegelte. Was allerdings die Zahlung von Steuern betrifft, so hat die deutsche Wirtschaft in den letzten sechs Jahren ganz anders verhalten müssen, als das in Frankreich der Fall war.

Schon allein der Umstand, daß die Regierungskrisis in Frankreich auch heute noch andauert, und bereits verschiedene Persönlichkeiten sich an der harten Rufe einer neuen Kabinettsbildung die Zähne ausgebeißt haben, beweist, wie schwer die Finanzkrise ist, die Frankreich durchdrückt. Und so wird ein jedes Kabinett, mag es nun heißen, wie es will, einen überaus schweren Stand haben. Die Kammermehrheiten in Frankreich pflegen aber besonders unzuverlässig zu sein. Und deshalb wollte man denn auch versuchen, die Sozialisten so fest an das Kabinett zu schmieden, daß sie selber einzelne Minister stellen. Die Sozialisten haben ein solches Ansuchen abgelehnt. Praktisch bleibt sonach wohl nur ein sogenanntes Konzentrationskabinett übrig, ein Kabinett, das man auch gut ein Kabinett der Mitte nennen könnte. Aber es wird wohl alle Kunst dazu gehören, um es zustandzubringen.

An sich hat der Block der Linken den Kampf noch keineswegs verloren gegeben. Und dieser sein Mut verdient gewiß Anerkennung. Die Aussichten des Linkenblocks sind jedoch bei der Zusammenfassung des Senats wenig günstig. Die Mehrheit des Senats ist in außenpolitischen Fragen und noch viel mehr in der Frage der Steuererhebung ganz anders orientiert, als der Linkenblock. Damit ist noch nicht gesagt, daß sich nun im Senat eine Mehrheit des nationalen Blocks bilden könnte. Die Situation wird besser dadurch gekennzeichnet, daß man von einer dauernden Unzuverlässigkeit des Senats spricht.

Frankreich steht jedenfalls vor erbitterten innerpolitischen Kämpfen. Wieviel von dem Ausgang dieser Kämpfe für uns abhängt, wissen wir nur zu genau. Wenn auch einstweilen eine Rückkehr des Poincarismus in aller Form nicht zu befürchten ist, so müssen wir vorsichtigerweise doch damit rechnen, daß ein Kabinett in Frankreich aus Kader gelangt, das die im großen und ganzen doch von ehrlichem Friedenswillen getragene Politik Herriots nach der nationalistischen Richtung hin forträgt. Selbstverständlich ist es gerade im Hinblick auf die Regierungskrisis in Frankreich für uns von größtem Wert, in unserer eigenen Politik alles zu vermeiden, was dem Nationalismus in Frankreich neue

Vornamen und neuen billigen Agitationsstoff liefern könnte. So gesehen, erscheint die Kandidatur Hindenburg in besonders düsterer Beleuchtung. Wir werden morgen noch darauf zurückkommen.

Zur Jahrtausendfeier der Rheinlande

Im Jahre 1925 sind 1000 Jahre verflossen, seit König Heinrich I. die linksrheinischen Gebiete mit den übrigen deutschen Ländern unter seinem Zepter vereinigte und damit das deutsche Reich schuf, das alle deutschen Stämme umfaßte und zu dem keine Gebiete gehörten, die nicht deutsch waren. Das Jahr 925 ist somit das Geburtsjahr des nationalen deutschen Staates, und zwar in der Form, die er in der Hauptsache noch heute hat.

Die Länder am Rhein hatten damals schon eine große Geschichte und hohe Kultur. Die germanischen Stämme waren von den Römern vorübergehend unterworfen worden und hatten infolgedessen innige Verührung mit der reichen römischen Kultur gefunden. Verhältnismäßig bedeutende Städte wie Speyer, Worms, Mainz, Trier, Köln waren aus römischen Niederlassungen entstanden. Sie waren die Brückköpfe für das Eindringen westlichen Fortschritts nach dem noch weit zurückgebliebenen Osten. In den römischen Siedlungen hatte sich auch zuerst das Christentum ausgebreitet; und die gesamten Städte sind — neben einigen süddeutschen — zugleich die ältesten christlichen Niederlassungen und die ältesten Bischofsitze auf deutschem Boden. Von hier aus nahmen Christentum und Kultur ihren Weg zu den anderen deutschen Stämmen. Das römische Weltreich wurde durch die Völkerwanderung zerstört. Aus den römischen Provinzen wurden wieder germanische Königreiche Chlodwig, aus dem Geschlecht der Merovingen schuf ein fränkisches Gesamtreich, das aber unter seinen Nachfolgern wieder in 3 Teile Austrasien oder Ostreich, Neustrien oder Westreich und Burgund zerfiel. Die Nachfolger der Merovingen, die Karolinger, vereinigten das Reich Chlodwigs wieder und dehnten seine Grenzen über das rechtsrheinische Ufer nach Osten aus. Mittelpunkt und Kernstück blieben aber immer die Länder am Rhein, auch unter Karl dem Großen, der weit in Aachen, Aymoyen und Ingelheim residierte. Seine Macht umfaßte den größten Teil der abendländischen Welt. Er vereinigte die germanischen Stämme bis weit nach dem Osten hin und machte sie mit der Kultur der Rheinlande bekannt. Auch seine Schöpfung zerfiel schon bald. Die Enkel teilten wieder unter sich und schufen durch den Vertrag von Verdun im Jahre 843 drei Reiche, Ostfranken, das die Länder auf dem rechten Rheinufer abwärts bis etwa zur Wupper umfaßte, aber auch auf das linke Rheinufer hinübergriff und die Bistümer Speyer, Worms und Mainz umschloß, also nicht etwa durch den Rhein begrenzt wurde, das Mittelreich, zu dem außer Italien und Burgund die Länder auf dem linken Rheinufer und auf dem rechten Gebiete nördlich der Wupper bis zur Befestigung gehörten, und Westfranken, d. h. das Gebiet westlich des Mittelreiches. Ostfranken oder Deutschland hatte eine rein deutsche Bevölkerung, Westfranken oder Frankreich nur Bewohner mit romanischer Sprache, das Mittelreich war sprachlich gemischt. Das letztere wurde von den 3 Söhnen seines Herrschers Lothar wiederum geteilt. Der gleichnamige Sohn erhielt das nördl. von Burgund gelegene Stück, das nach ihm später Lotharingen hieß und den größten Teil der Rheinlande umschloß. Dieses Gebiet wurde später der Zankapfel zwischen West- und Ostfranken. Der Vertrag von Meersen schaffte nur vorübergehend Ruhe. Es folgte eine wechselvolle und an Kriegswirren überreiche Zeit, in der das Karolingische Kaiserreich unterging und an Stelle der Reichsgewalt die Stammesherrschaft emporkam. Giselaert von Lotharingen schloß sich im Jahre 911 sogar an Frankreich an und der deutsche König Konrad I. vermochte das Herzogtum trotz aller Anstrengungen nicht zurückzugewinnen.

Das sollte erst seinem Nachfolger, dem 919 zum König gewählten Sachsenkönig Heinrich gelingen. Als er zur Herrschaft kam, bestand das deutsche Reich nur noch aus den Herzogtümern Sachsen und Franken, die andern waren eigene Wege gegangen. Heinrich gewann zuerst Schwaben, dann Bayern, schließlich auch Lotharingen zurück. Herzog Giselaert wurde besiegt und unterwarf sich. Er behielt aber seinen Land und wurde Schwiegerohn des Königs. Ganz Lotharingen kam zum Reich, indem es Heinrich als König anerkannte. Damit waren die deutschen Stämme wieder vereinigt und aus dem ostfränkischen das deutsche Reich geworden. Die Westgrenze war in der Hauptsache die wirkliche Volks- und Sprachgrenze. Von dort nach Osten wohnten nur deutsch-

sprechende Bewohner. Der nationale deutsche Staat war geschaffen. Die Rheinlande aber bildeten, wenn auch nicht geographisch, so doch politisch und kulturell, den Mittelpunkt und das Kernstück dieses Landes. Ohne sie wäre das Reich Heinrich oder als lebensunfähiges, allen Zufällen ausgehendes sie ohne die Tat König Heinrichs als Fremdkörper in Frankreich oder als lebensunfähig, allen Zufällen ausgehendes Mittelreich, niemals zu der Bedeutung gekommen wären, die sie für Deutschland erlangt haben.

Diese staatsrechtliche Verbindung zwischen Rheinland und Reich wurde im Laufe der 1000 Jahre, abgesehen von der kurzen nur 20 Jahre dauernden französischen Herrschaft vor gut 100 Jahren, nicht mehr gelöst. Sie hat alle Stürme und Wechselfälle überdauert und sich so als natürlich und notwendig erwiesen. Mit Recht nennt man somit König Heinrich I. den Begründer des deutschen Reiches.

Die Bedeutung der Ereignisse von 925 liegt deshalb nicht allein darin, daß der Teil der Rheinlande, der 911 an Frankreich angeschlossen wurde, wieder zurückkehrte, denn auch dieses Gebiet war von jeher deutsch und hat trotz wechselnder politischer Schicksale die deutsche Sprache und das Bewußtsein germanischer Abstammung bewahrt. Die Bedeutung des Jahres 925 liegt vielmehr darin, daß durch die staatsrechtliche Vereinigung der Rheinlande mit den östlichen Herzogtümern erst das deutsche Reich geschaffen wurde, in dem die erstgenannten Jahrhunderte hindurch die beherrschende Stellung einnahmen, und weiter darin, daß die Schöpfung von 925, im Gegensatz zu den früheren, Bestand hatte und dadurch für die Geschichte der ganzen abendländischen Welt von unermeßlicher Bedeutung wurde.

Die Rheinlande, wie das ganze deutsche Volk haben daher allen Anlaß, die tausendjährige Erinnerung an das Jahr 925 festlich zu begehen. Die großen Veranstaltungen rheinischer Städte wie Düsseldorf, Duisburg, Koblenz, Trier, Aachen sind daher vollumfänglich gerechtfertigt. Dies gilt in besonderem Maße auch von der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande in Köln.

Die französische Krise

Briand lehnt ab. — Painlevés Bemühungen
Der Nationalrat der französischen Sozialistischen Partei hat am Dienstag nachmittag den Eintritt in ein Ministerium Briand einstimmig abgelehnt, und zwar in erster Linie wegen der Persönlichkeit Briands und seiner oppositionellen Haltung gegenüber der Politik Herriots, was nach Ansicht der Sozialisten nicht die genügenden Bürgschaften für eine konsequente Fortsetzung der Kartellpolitik bietet. Daraufhin hat Briand, der ja wiederholt erklärt hatte, nur ein Kabinett zu bilden, in dem sämtliche vier Kartellparteien vertreten seien, definitiv abgelehnt und den Präsidenten der Republik davon in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident der Republik hat sodann den Kammerpräsidenten Painlevé ins Glysée berufen und ersucht, das Kabinett zu bilden. Painlevé erwiderte, er habe den Wunsch, dem Präsidenten der Republik tätigen Beistand zur Lösung der Krise zu leisten. Er werde sich infolgedessen mit seinen Freunden besprechen und bis heute vormittag die Antwort überbringen, ob er die Kabinettsbildung übernehme oder nicht.

Paris, 15. April. Kammerpräsident Painlevé hat noch gestern Abend zuerst mit Senator Maurice Sarraut, dann mit Herriot, dem Senator René Renoult und mit dem Abg. Benazet verhandelt. Kurz nach Mitternacht vertief Herriot den Kammerpräsidenten und erklärte den Journalisten, er habe die bestimmte Hoffnung, daß Painlevé das Kabinett bilden könne.

Das „Echo de Paris“ glaubt berichten zu können, daß Painlevé in der Unterredung mit Senator René Renoult und Herriot den ersteren dazu zu bewegen suchte, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Painlevé strebe auf dem Standpunkt, daß angesichts der Abstimmung des Senats der Nachfolger Herriots ein Senator sein müsse, der der demokratischen Linken angehöre. Diese Bedingungen erfülle der ehemalige Justizminister und wenn er sich entschlösse, werde Herriot in seinem Kabinett Minister des Äußeren bleiben. Herriot habe Painlevé in seinen Bemühungen unterstützt. Senator René Renoult aber habe sich offenbar Bedenken ausgedrückt. Die Weiterentwicklung werde davon abhängen, wie sich die Sozialisten zu dieser Kombination verhalten.

Das endgültige Ergebnis des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl liegt jetzt vor. Aus ihm ergibt sich, daß für die Parteien des Volksblocks insgesamt noch 271 993 Stimmen mehr abgegeben wurden, als das vorläufige amtliche Ergebnis feststellte. Die Kosten dieser Veränderung zugunsten des Volksblocks trägt der Reichsblock, dessen Ziffernbestand sich um 255 339 ermäßigt. — Gewählt haben im ersten Wahlgang 27 016 743 Wahlberechtigte. Die Wahl wurde nicht ausgeübt von 12 198 489. Die Wahlbeteiligung betrug 68,9 Prozent.

Zur Reichspräsidentenwahl

Programme Rede des Dr. Marx

Der Kandidat des Volksblocks, Reichsminister a. D. Marx, entwickelte Dienstagabend in Königsberg i. Pr. vor zahlreichen Zuhörern sein Programm zu den wichtigsten Grundzügen und Problemen der deutschen Politik. Nach einigen Dankesworten an den ganzen deutschen Osten, der seines Deutschland wegen so viel hat erdulden müssen, führte Dr. Marx u. a. aus:

Bei Deutschlands ungünstiger geographischer Lage, insbesondere nach dem Verlust des Krieges, muß die Außenpolitik in allen unseren politischen Entscheidungen den Vorrang haben. Dennoch handeln viele so, als bräuchten wir uns um das Ausland sehr wenig zu kümmern. Wir sind in sehr wichtigen Beziehungen von der Einstellung der ausländischen Mächte abhängig, eine Abhängigkeit, die durch den Verlust des Krieges stark vergrößert, zum Teil erst verursacht wurde. Bei aller durch unser ureigenstes Interesse gebotenen Rücksicht auf das Ausland müssen wir aber unsere nationale Ehre und Würde wahren. Unsere nationale Ehre verlangt jedoch nicht, daß wir eine Macht vorzuziehen, die wir nicht besitzen. Es ist töricht, mit großen Worten, hinter denen keine Kraft und Macht steht, das argwöhnische Ausland immer wieder mißtrauisch zu machen. Nichts ist falscher und schädlicher als ein hohles Pathos und große Gesten. Unsere Vaterlandsliebe muß mit Klugheit gepaart sein. Darum muß unsere Außenpolitik nach wie vor auf die Verständigung mit den früheren Gegnern gerichtet sein.

Gleichzeitig sollten wir alle anerkennen, daß wir durch unsere Außenpolitik ein gutes Stück voran kamen. Zum Beweise dafür brauchen wir nur den gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaftslage mit den geradezu verzweifeltsten Zuständen aus dem Inflationsherbst 1923 zu vergleichen. Es ist unsere Pflicht aller, alles zu vermeiden, was die Festigkeit unserer Währung und das ruhige Fortschreiten unserer Wirtschaft zu stören in der Lage wäre. Unabsehbare Folgen könnte es für uns haben, wenn das wiedererwachte Vertrauen des Auslandes zur deutschen Politik und zur deutschen Wirtschaft erschüttert würde. Je schwächer die Stellung des Volkes ist, umso mehr müssen Klugheit und tüchtler Verstand seine Politik leiten. Mit peinlicher Sorgfalt müssen wir alles vermeiden, was dem wachsamem Auslande einen Anlaß geben kann, zu glauben, daß wir nicht mehr eine Politik der Verständigung, sondern der Rache führen wollen. Die Fortsetzung und Sicherung der Verständigungspolitik muß auch der Leitgedanke der Präsidentenwahl sein, wenn anders nicht großer Schaden für das Gesamtwohl erwachsen soll. Das Ausland muß in dem Reichspräsidenten eine Gewähr für die Fortführung der Verständigungspolitik erblicken können. Außenpolitische Experimente darf sich unser Volk nicht mehr erlauben, denn wir haben genug Lehrgeld bezahlt für die Erkenntnis, daß nur auf wirtschaftliche Verständigung abzielende Außenpolitik sich als erfolgreich für unseren nationalen und wirtschaftlichen Aufstieg bewährt.

Unsere Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Staates. Von ihrem Bestand und ihrem Wachsen hängt in erster Linie unsere Wiedergeburt ab. Wie aber sollen wir wieder zur finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und Blüte gelangen, wenn wir selbst die gesunde Entwicklung in unbenutziger Weise stören und hemmen? Die sicherste Gewähr für eine regelmäßige und gesunde Fortentwicklung im Innern ist die gesicherte Verfassung als Grundlage der staatlichen Ordnung. Der geschlossene Wille, die Verfassung gegen jeden Eingriff zu schützen, hat auch die Parteien, die seit 1919 unentwegt zur Verfassung standen, im Volksblock zusammengeführt. Nur auf einer gesicherten Verfassung kann ein starkes nationales Leben aufblühen. Niemand wird die Weimarer Verfassung als so vollkommen betrachten, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungsbedürftig erscheine. Aber an diese Verbesserungsarbeit wollen wir erst herangehen, wenn wir unser Haus gesichert haben, und unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mehr gefestigt und beruhigt sind. Noch sind wir nicht so weit. Darum muß jeder national denkende Mann sich entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und zur Verteidigung der Republik bereit sein.

Der Kandidat Reichspräsidentenwahl Dr. Marx ging dann kurz auf die Steuer- und Finanzfrage ein, die von echt sozialem Geiste getragen sein müssen. Die Last der schwächeren Schichten müsse möglichst erleichtert, das Maß der Leistungen der Tragfähigkeit der einzelnen angemessen sein. In der Frage der Aufwertung hat der Staat die Verpflichtung, soweit es irgend möglich ist und so weit die finanzielle Lage des Staates es irgend wie erlaubt, und es ohne Gefährdung unserer Währungsfrage geschehen kann, ausgleichend zu wirken und die entstandenen Schäden zu beseitigen. Marx schloß seine Darlegungen mit dem Wunsch, daß die Entscheidung in der Reichspräsidentenwahl so fallen möge, daß sie eine Fortsetzung der bisherigen bewährten Außenpolitik und eine Verständigung und Befriedung der Welt verbürge.

Englische Pressestimmen

In einem Leitartikel mit der Überschrift „Republik oder Kaiserium“ führt die „Times“ aus, es bestähe kein Zweifel darüber, vor welcher Entscheidung das deutsche Volk stehe. Die Wahl Hindenburgs zum Kandidaten habe verkündet, um

welche Frage es gehe. Es sei ein offener Kampf zwischen Monarchie und Republik, zwischen Reaktion und Regierung des Volkes durch das Volk. Europa werde, so schreibt das Blatt, in dem neuen Präsidenten die zeitliche und wohlüberlegte Wahl Deutschlands erblicken. — Weiter führt die „Times“ aus, was die Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs durch Tirpitz für England und Amerika bedeute, sei allen Ländern, außer, wie es scheint, in Deutschland, bekannt. — Die „Times“ schließt, die deutschen Wähler müßten wissen, daß die Wahl eines erklärten Monarchisten zum vereidigten Präsidenten der Republik allgemein als eine Herausforderung Europas aufgefaßt werden würde.

„Daily Express“ bringt in voller Breite der ersten Seite in Fettdruck die Überschrift „Der Schatten des vormaligen Kaisers legt sich über Europa“, und führt aus, ein Erfolg Hindenburgs bei der Wahl würde eine sofortige Rückwirkung auf Frankreichs Politik und seine Haltung in der Schuldenfrage haben. — In einem Leitartikel sagt „Daily Express“ weiter, die britische Politik habe eine Erholung Deutschlands ermöglicht; aber diese Erholung sei eine Gefahr für Deutschlands Seelenheil allzu rasch erfolgt zu sein. Die Deutschen machten sich nicht klar, daß die Wahl Hindenburgs gleichbedeutend sein würde mit der Wahl des Marschalls Foch zum Präsidenten von Frankreich.

Deutsch-französische Grenzfragen

Ueber die bereits gemeldeten beiden deutsch-französischen Abkommen über gewisse Fragen an der elsässisch-deutschen Grenze macht das Straßburger „Journal de l'Est“ genauere Mitteilungen:

Das erste Abkommen behandelt die Frage der Grenzabnahme und erstet die vorläufige, am 18. Dezember 1919 in Baden-Baden geschlossene Vereinbarung. Als Grenzabnahme an der Rheingrenze sollen die deutschen Bahnhöfe gelten. Sie sollen den beiderseitigen Zolldienst umfassen und auch die Grenzpolizei beider Staaten aufnehmen, wie dies in Basel und Bränimiglia schon lange geübt wird. An der pfälzischen Grenze soll jeder Staat auf seinem Gebiet einen Grenzbahnhof für sich allein haben. Es bleibt also hier beim bisherigen Zustande. Das Abkommen sichert u. a. den deutschen und französischen Exportkaufleuten eine völlig gleichmäßige Behandlung und eine Herabsetzung der Telegraphengebühren. Die einseitigen Grenzabnahme sollen von der deutschen Reichsbahn gebaut werden, von der französischen Bahn wird nach den in Artikel 12 des Abkommens bezeichneten Bedingungen eine Miete bezahlt.

Das zweite Abkommen, dessen Vorbereitung schwierig war, behandelt die Festlegung der deutsch-französischen Grenze und soll die früher mit Preußen, Bayern und Baden getrennt abgeschlossenen Vereinbarungen ersetzen. Seit drei Jahren hat Frankreich unter Leitung des Oberleutnants de Lavallete von geographischen Gelehrten eine genaue Untersuchung der Grenze vornehmen lassen, außerdem Erhebungen bei den beteiligten elsässischen Gemeinden veranstaltet. Diese Vorarbeiten haben ermöglicht, nach einem neuen, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragenden Text die alten, durch Artikel 51 des Vertrages von Versailles in Kauf und Bogen wieder in Kraft gesetzten Verträge zu berichtigen. Das neue Abkommen bezeichnet die Abmarknungsarbeiten der Kommission, schreibt gewisse Erhaltungsmassnahmen vor, um Grenzverschiebungen zu vermeiden, enthält einige Änderungen in bezug auf die Rheinregulierung und auf die Anforderungen der Stränge und sichert der Bevölkerung der Grenzgemeinden, vor allem der elsässischen Gemeinden, die Ader- oder Wahlbestimmungen im Badischen haben, gewisse Vorteile.

An der pfälzischen Grenze treten keinerlei Gebietsänderungen ein, wohl aber an der Rheingrenze. Das Reich erwirbt die badischen Gebiete der elsässischen Gemarkungen Reinsheim und Obelsheim. Die drei anderen Gemeinden des Elsaß, die Gebiete der dem badischen Ufer haben, erhalten eine neue Regelung ihrer Rechte. In Artikel 19 bis 25 des Abkommens wird das Souveränitätsrecht und das Eigentumsrecht an den Rheinbrücken genau bestimmt. Als Rheingrenze im Strom soll gemäß Artikel 17 nicht mehr der Rheineck, sondern die Mittellinie des künstlich, durch die Regulierung gebauten Schiffahrtsweges dienen.

Als Gegenleistung gegen die in diesen Bestimmungen enthaltenen Vergünstigungen für Frankreich hat dieses eingewilligt, daß die deutschen Eigentümer von forst- und landwirtschaftlichem Grundeigentum innerhalb eines Streifens von 5 Kilometern über der Grenze in ihr Eigentumsrecht wieder eingeweiht werden, wenn ihr Eigentum noch nicht liquidiert worden ist. Auf diese Weise werden rund 1200 Hektar Grundeigentum der pfälzischen oder badischen Eigentümer zurückgegeben werden, denen sie vor dem Kriege gehörten.

Internationale Hilfeleistung bei Katastrophen. Der Generalsekretär des Völkerbundes richtete an sämtliche Mitgliedsstaaten des Völkerbundes ein Rundschreiben, worin er daran erinnert, daß die mit dem Studium der technischen Möglichkeiten des Planes vom Senator Etzele zugunsten einer internationalen Union zur Hilfeleistung an die von Katastrophen heimgesuchten Völker beauftragte Kommission am 25. Mai in Genf zusammenzutreten werde.

außerdem, daß in der fahndatischen Bearbeitung auf knapp 2 1/2 Stunden zusammengestrichen wird, was in Oberammergau einen ganzen Tag ausfüllt. Ein Vergleich ist auch deshalb unzulässig, weil hier die großartige Entfaltung der Festenszenen fast ganz wegfällt und ebenso die christliche Einleitung, auf die man denn doch trotz ihrer oft ermüdenden Länge nicht gerne verzichtet.

Das sind die Bedenken, die geäußert werden müssen, um zunächst die negative Seite an der Volkspassion festzustellen und um dieselben Irrtümern zu begegnen, die immer noch im Publikum verbreitet scheinen. Es bleibt allerdings auch ein Positivum: Es konzentriert sich aber ausschließlich um den Namen Fasnacht in vierfacher Gestalt, d. h. um die Darsteller von Christus, Judas, Maria und Magdalena, die alleamt der Familie Fasnacht selbst angehören und sich für die Verkörperung dieser verschiedenen Figuren eine gewisse Tradition angeeignet haben. Ihnen und auch noch einigen Vertretern anderer Rollen, wie dem Kaiser, dem Pontius Pilatus und den zwei Priestern gelangt es unter den widrigen Umständen immerhin, eine würdevolle Haltung zu wahren und etlichen Teilbildern auf der Mittelbühne Eindringkraft sowie gute Gruppierung zu geben. Im Ganzen aber — und darauf kommt es doch letzten Endes an — war der Eindruck keineswegs einheitlich oder gar überwältigend, und deshalb ist die Frage, ob heute und obendrein an falschem Ort eine Darstellung der in den Evangelien niedergelegten Erzählung künstlerisch statthaft ist, unbedingt vornehmend zu beantworten. Sogar das Bedürfnis der weitesten Kreise nach solch heiligen Vorbildungen der heiligen Handlung scheint sehr gering. In der gelassenen Aufführung waren kaum hundert Menschen, und ich ließ mir sagen, daß auch an den beiden Osterfesten der Andrang keineswegs stark war.

Politische Neuigkeiten

Das Konordat mit Bayern

Anlässlich der Ratifizierung des Konordats zwischen dem päpstlichen Stuhl und Bayern gab Ministerpräsident Feld in Rom den Kardinalen Lamantelli, Gasparri, Frühwirth und Ragonosi ein Frühstück, dem auch andere päpstliche Würdenträger beimohnten. Feld hielt eine kurze Rede, in der er erklärte, der Abschluss des Konordats befestigte aufs neue die bayerische Tradition gegenüber der katholischen Kirche. Der Kardinalstaatssekretär Gasparri betonte in seiner Antwort, daß das Konordat die Lage der bayerischen Kirche verbessert hätte. Er schloß mit einem Hoch auf die Zukunft Bayerns. Dienstag früh schenkte Feld dem Papste eine Reproduktion des „Codex aureus“, einer in der Münchener Staatsbibliothek aufbewahrten Handschrift aus dem 9. Jahrhundert. Der Papst drückte seine Freude über das prächtige Geschenk aus und unterhielt sich herzlich mit dem bayerischen Ministerpräsidenten.

Der internationale Polizeikongress

eine vor drei Jahren geschaffene Organisation, die seitdem unter der Leitung des New Yorker Polizeikommissars Richard E. Enright eine mächtige Entwicklung genommen hat, wird am 11. Mai in New York zu ihrer zweiten Tagung zusammenzutreten. Aus Amerika einschließlich Kanada sind bereits über 700 Teilnehmer gemeldet und es werden insbesondere auch die großen südamerikanischen Republiken vertreten sein. Außerdem werden erwartet Sir Roger Foxwood, der bekannte Leiter von Scotland Yard, der Wiener Polizeipräsident Dr. Schöber, aus Deutschland Ministerialdirektor Dr. Wegg und der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weis, die Polizeichefs von Hongkong und Schanghai, ferner von Neuschwaben (Australien). Auf dem Beratungsprogramm steht namentlich auch die Ausbarmachung des Junkspruchs für die Zwecke der Kriminalpolizei.

Die Regierungsbildung in Belgien

Mit der Bildung der neuen belgischen Regierung nach den Wahlen hat der König der Belgier den Sozialistenführer Vandervelde beauftragt, der dem König nach Zühlungnahme mit seinen politischen Freunden Dienstag nachmittags mitteilte, daß er die Mission annehme. Der sozialistische Parteikongress hatte beschlossen, Vandervelde die Bildung der Regierung zu gestatten. Gleichzeitig ist Vandervelde ermächtigt worden, sich Unterstützung bei allen demokratischen Elementen der übrigen Parteien zu suchen. Eine Entschlüsselung erklärt, daß das sozialistische Programm die Grundlage des Regierungsprogramms darstellen müsse.

Die Sozialisten in Belgien haben im letzten Wahlkampf einen Stimmengewinn von 22 Prozent erreicht, wodurch sie zur stärksten Partei des Landes geworden sind. Nach den erzielten Ergebnissen der Wahl würde das belgische Parlament (Kammer) heute 79 Sozialisten, 78 Katholiken, 22 Liberale, 6 Frontparteiliche und 2 Kommunisten zählen. Im Senat ist eine ähnliche Kräfteverteilung eingetreten, wenn auch die Sozialisten hier nicht so stark zugenommen haben. Eine Mehrheit für eine Partei ist aber weder im Senat noch in der Kammer vorhanden. Die Entwicklung geht in Belgien zum Zweiparteiensystem hin, zur großen Linken, von den Arbeitern getragenen Demokratie, und zu der von der Kirche geführten Rechten. Es bleibt also nur eine Minderheitsregierung der Sozialisten oder der Katholiken übrig, die abhängig wäre von der kleineren liberalen Partei, die das Jünglein an der Wage bilden würde.

Attentat auf den König von Bulgarien

W.D. Sofia, 15. April. (Melbung der bulgarischen Zeitungs-Agentur.) Als der König gestern vormittag im Auto auf der Straße Orhania-Sofia fuhr, wurden aus dem Hinterhalt von einer Hand, die der Aguar-Kommunistischen Einheitsfront angehört, Schüsse auf den kgl. Wagen abgefeuert. Der Leibwächter und ein junger Naturforscher, namens Alschew, wurden getötet und der Chauffeur verwundet. Der König selbst blieb unverletzt und lehnte nach Sofia zurück. Man ist überzeugt, daß die Angreifer keine Kenntnis davon hatten, daß der König sich in dem Auto befand. Eine Truppenabteilung ist sofort zur Verfolgung der Bande abgefordert worden.

Die Wirtschaftslage in Amerika

W.D. Washington, 15. April. Handelsminister Hoover erklärte zu der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten im Monat April, die Einfuhr und die große Steigerung an Rohmaterialien sei mit einer Ausnahme die größte, die in irgend einem Monat der letzten vier Jahre zu verzeichnen war. Auch die Ausfuhr sei größer als in einem der letzten 45 Monate mit Ausnahme von zweien. Aus alledem sei der Schluß zu ziehen, daß die Industrie weiterhin einen hohen Grad von Produktivität aufweise. Die Gesamtsumme der Ausfuhr überlege die Ansichten derjenigen, die behaupten, daß Amerika vor einer Periode industrieller Depression liege. — Coolidge, der die Zahlen als ein ermutigendes Zeichen für die wirtschaftliche Wohlfahrt betrachtet, erklärte, wenn die Preise nach dem Marktwert von 1914 herabgesetzt würden, ergebe sich eine Steigerung des Handels um 50 Prozent.

Kurze Nachrichten

Feierschichten im Saarbergbau. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, machte in einer Besprechung der Bergwerksdirektion mit Vertretern der Organisationen der Direktion Sainte Claire de Bille Mitteilung, daß die Bergwerksdirektion sich in Folge Ablassungsgelds genötigt sehe, für den Monat April zwei Feierschichten einzulegen. Für den Monat Mai seien weitere Feierschichten unvermeidlich.

Der Schiedsspruch für das rheinische Braunkohlenrevier vom 8. April ist von beiden Parteien angenommen worden und wird nunmehr zur Durchführung gelangen.

Die Hausnachrichten bei Berliner russischen Vereinen. Wie gemeldet, hatte die Berliner Polizei bei einigen russischen Organisationen in Berlin Hausnachrichten vorgenommen, um dem Verdacht der vorchristlichindigen Ausstellungen von Personalausweisen nachzugehen. Die betr. Vorstände haben nunmehr, wie der „Sozialist“ berichtet, wegen dieser Maßnahmen Beschwerde beim Ministerium des Innern geführt.

Die englische Handelsbilanz. Der Wert der englischen Einfuhr belief sich im Monat März auf 112 861 082 Pfund Sterling. Das entspricht einer Zunahme von 9 165 220 Pfund Sterling gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr erreichte eine Höhe von 70 803 279 Pfund, das sind 9 200 512 Pfund Sterling gegenüber März 1924 mehr.

Rumänien amerikanische Schulden. Reuters meldet aus Washington: Der amerikanische Gesandte in Bukarest überreichte der rumänischen Regierung eine amtliche Mitteilung, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß Rumänien zwar mit anderen Staaten Verhandlungen geführt hat, um seine Schulden zurückzahlen, jedoch bisher keinerlei Schritte zur Rückzahlung seiner Schulden an Amerika unternommen hat.

Die große Volkspassion in der Festhalle

Abolf Fasnacht ist mit seiner Passionsdarstellung die früher sich Holz „Oberammergauer Passionspiel“ nannte, jetzt unter der bescheidenen Bezeichnung „Große Volkspassion“ wieder in die Festhalle zu mehrtägigem Gastspiel eingeleitet. Man erinnert sich vielleicht daß auf die Frage der Gemeinde Oberammergau der gewerbliche Konkurrent wegen Verletzung eines Patentrechtes und wegen unlauteren Wettbewerbs diese Änderung in der Aufführung vornehmen mußte. Die juristisch sehr interessanten Ausführungen des Karlsruher Oberlandesgerichts vom 25. Februar 1925 stehen hier natürlich zur Diskussion, künstlerisch jedoch kann umso berechtigter die prinzipielle Frage gestellt werden, ob überhaupt Aufführungen gewerblicher Art, die das Leben und den Tod Christi zum Gegenstand haben, irgendwelchen ästhetischen Zwecken dienen. Es ist das eine alte Streitfrage, die u. a. schon zu gelegentlichen Verboten eines persönlichen Auftretens eines Christusbilders in profanen Theaterräumen geführt haben. Hier handelt es sich ja nun nicht um eine theatralische Schau schlechthin, sondern mehr um ein geistliches Schauspiel, das mit an altes Volksgut auf der mittelalterlichen Kulternebene anknüpft. Aber es ist immerhin ein zu Geschäftszwecken gegründetes modernes Unternehmen, und es hatten ihn damit gewisse Mängel an, die auch ein ganz im Sinne des erhabenen Erlösercharakters des Spiels stehender naiver Zuschauer nicht übersehen kann. Dazu kommt, daß das Podium der Festhalle den denkbar ungeeigneten Rahmen abgibt und jede religiöse Vertiefung und weichevolle Betrübnis ausschließt. Auch ein Christusbildsteller lang könnte in dieser mehr als profanen Umgebung niemals die Wirkung erzielen, die der altüberlieferten Oberammergauer Spielweise immer noch anhaftet. Nicht unerheblich bleibt

Der Aufstand in Kurdistan befindet sich nach türkischen Meldungen im Zusammenbrechen. Die türkischen Truppen verfolgen an verschiedenen Orten die auf dem Rückzuge befindlichen Aufständischen.

Badischer Teil

Ausbreitung von Schallwellen bei Explosionen

Es ist von großen Explosionen bekannt (Jungfernbahn 1908, Oppau 1921), daß in etwa 50 Kilometer Entfernung von der Schallquelle die Detonation unhörbar wird, und nach einer etwa 100 Kilometer breiten „Zone des Schweigens“ erneut die Explosion gehört wird. Dasselbe ist vom Kanonenboom im Kriege bekannt. In die Zone der abnormen Hörbarkeit dringen die Schallwellen offenbar nicht auf direktem Wege, sondern werden von höheren Atmosphärenschichten (vielleicht Temperaturumkehrschichten, Inversionen) dorthin reflektiert, weshalb man auch in der abnormen Hörweite die Explosionsgeräusche häufig von „oben her“ hört. Um die Ausbreitung der Schallstrahlen genauer zu studieren und damit auch den Aufbau unserer Atmosphäre, ferner die Fortpflanzung der hervorgerufenen Erdbebenwellen usw. hat man in den letzten Jahren verschiedentlich beobachtete Explosionen auf Schießplätzen stattfinden lassen. Die letztjährigen Versuche in Gernsbach (Südfrankreich) ergaben dabei das interessante Resultat, daß es offenbar zwei „Zonen des Schweigens“ und der abnormen Hörbarkeit gibt. In diesem Jahr soll der Versuch am 16. und 17. April auf dem Truppenübungsplatz Münstingen (Württemberg) wiederholt werden. Die Explosionen werden jeweils zwischen 11 und 3 Uhr mittags je 5 und 10 Minuten nach jeder vollen Stunde hervorgerufen werden. Die Entfernung Münstingen-Karlsruhe beträgt etwa 100 Kilometer, bis Nordbaden 120-130, Südwestbaden 130-150 und Bodenseegebiet etwa 100 Kilometer. Danach müßte man bei uns etwa 5-8 Minuten, in Südbaden 7-10 Minuten nach obigem Zeitpunkt das Eintreffen der Detonationsgeräusche erwarten. Zu achten ist auf die genaue Zeit der Wahrnehmung des Schalls (Lautstärke mit Bahnhofsuhr vergleichen!), auf Stärke und Art des Geräusches (Knall, Rollen), ferner Richtung (Himmelsrichtung und Höhenwinkel), Himmelsbedeckung und Windrichtung. Eventuell ist die Explosion auch in Wohnungen als dumpfe Vibration der Fensterscheiben bemerkbar. Die Bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe bittet hiermit die Öffentlichkeit, die hochinteressanten Untersuchungen durch Beobachtung und Mitteilung der wahrnehmbaren Schallphänomene zu fördern. Zur Feststellung der „Zone des Schweigens“ sind auch Berichte über Unhörbarkeit sehr willkommen.

Nicht ohne Ausweis ins besetzte Gebiet!

Wie aus den amtlichen Berichten der Militärpolizeiberichte der besetzten Gebiete hervorgeht, wird fortlaufend in jeder Woche eine große Anzahl von Personen von den verschiedenen Militärpolizeigerichten wegen Nichtbefolgung der Ausweisbestimmungen der Befehlsgewaltigen zu erheblichen Geld- bzw. Freiheitsstrafen verurteilt. Nach dem letzten Bericht der französischen Militärpolizei in Wiesbaden sind in der letzten Märzwoche wiederum 61 Personen, welche in Eisenbahngütern ohne den verlangten Ausweis angetroffen wurden, zu Geldstrafen bis zu je 50 Reichsmark verurteilt worden. Der Grund dieser debaurlichen Tatsache dürfte in einer ungenügenden Bekanntmachung der Ausweisvorschriften für das besetzte Gebiet zu suchen sein. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat daher das Reichsministerium für die besetzten Gebiete darum gebeten, daß eine möglichst weitgehende Aufklärung der interessierten Kreise erfolgt. Das Reichsministerium hat darauf mitgeteilt, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gebeten worden ist, entsprechende Plakate auf den Bahnhöfen und in den nach dem Westen gehenden Zügen anzubringen. Ferner sind die Regierungen der Länder gebeten worden, erneut in geeigneter Weise durch Vermittlung der nachgeordneten Behörden für Aufklärung zu sorgen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei Einreise, Durchreise und bei Aufenthalt im besetzten Gebiet jeder Reisende mit einem Personalausweis mit Lichtbild versehen sein muß, da er sich sonst erheblichen Unannehmlichkeiten aussetzt.

Stipendium

Aus der Max Viktor von Scheffel Stiftung ist ein Reiseforschungs- und Studienstipendium im Betrage von 500 Mark an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Bewerbungen müssen unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Studienzeugnis, Geburts- und Vermögenszeugnis, Staatsangehörigkeitsausweis) binnen 4 Wochen beim Unterrichtsministerium eingereicht werden.

Tagungen

Aus dem badischen Lehrerverein. Der letzten abschließenden Statistikkonferenz verlor der badische Lehrerverein im Weltkrieg insgesamt 221 Mitglieder. Anlaßlich der diesjährigen Vertreterkonferenz des Vereins im Vereinsheim Bad Freiersbach im Reichstal im Lauf der vorigen Woche wurde den Toten zum ehrenden Gedächtnis ein Gedenkstein errichtet.

Konferenz für christliche Politik. Auch in diesem Jahre wird die Pfingstkongress für christliche Politik in Konstanz am 8. und 4. Juni stattfinden. U. a. werden Bundeskanzler a. D. Prälat Dr. Seipel-Wien über das Thema „Das Völkerverständnis in grundsätzlicher Hinsicht“ und Geheimrat Legationsrat a. D. Dr. Richard König-Freiburg i. Br. über das Thema „Deutschland und Frankreich“ sprechen.

Gemeinde-Rundschau

Förderung des Sparsinnes in Karlsruhe. Die Städtische Sparkasse Karlsruhe errichtete in verschiedenen Stadtteilen Spargeldveranlagungen, wobei die Sparer Vereinenlagen machen können, genau so, als wenn es bei der Kasse selbst geschieht. Diese Einrichtung hat sich in anderen Städten gut bewährt. Falls dies auch hier der Fall ist, soll die Zahl der Anlagestellen vermehrt und später vielleicht sogar auch ein kleiner Auszahlungsvorbehalt zur Einführung kommen.

Zur Erhöhung des Gas- und Wasserpreises in Karlsruhe wird mitgeteilt: Angesichts der überaus niedrigen Preise für die Nebenprodukte der Gasgewinnung muß zur Vermeidung von Fehlbeträgen der Gaspreis ab 1. Juni von 17 auf 19 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden. Die finanzielle Vorbereitung des geplanten Wasserwerkes machte auch die Erhöhung des Wasserpreises von 10 auf 12 Pf. notwendig.

Dem Forstheimer Bürgerausschuß liegt ein Antrag des Stadtrats vor, der sich mit der Erwerbung der sog. „Auppenheim-Werte“ (früher Vothhammerische Kunstmühle) im Stadtteil Wödingen befaßt. Der Kaufpreis für das ziemlich umfangreiche Werk ist auf 200 000 Mark festgesetzt. Für die Stadt liegt wohl der Hauptgrund zum Erwerb des Anwesens in dem Umstand, daß sie sich damit eine nicht geringe

Wasserkraft sichert. Außerdem lassen sich in die umfangreichen Fabrikgebäude mit verhältnismäßig wenig Kosten etwa 35 Mietwohnungen einbauen.

Der Offenburger Stadtrat hat in besonderer Beratung den Voranschlag für 1925/26 festgesetzt. Er weist eine Einnahmehöhe von 1 574 850 und eine Ausgabehöhe von 1 964 850 auf, so daß ein ungedeckter Aufwand von 390 000 Mark verbleibt. Zur Deckung des letzteren wird eine Umlage von 60 Pfennig von 100 Mark Steuerwert des Grund- und Betriebsvermögens auf die bisherigen Steuerwerte erforderlich. Die vom Stadtrat beantragte Rundfrage über den fremdsprachlichen Unterricht an den Volksschulen hat ergeben, daß in der Mehrzahl der Fälle ein solcher Unterricht nicht mehr erteilt wird. Der Stadtrat hat daher beschlossen, von der Einführung des französischen Unterrichts in der Volksschule abzusehen. — Der Stadtrat beschloß ferner, ein Preisauschreiben zur Erlangung schöner Photographien der Stadt Offenburg zu veranstalten, an dem sich sowohl Berufs- als auch Amateurrphotographen beteiligen können.

Aus dem Konstanzer städtischen Voranschlag für 1925/26. Die Stadtverwaltung Konstanz sieht sich im Rechnungsjahr einer Reihe schwieriger finanzieller Probleme gegenübergestellt. Vor allem handelt es sich um die Beschaffung eines Gasbehälters mit einem Kostenaufwand von 170 000 Mark, um die Beschaffung neuer Pumpen und Verlegung einer Druckrohrleitung vom Wasserwerk nach dem Hochbehälter mit rund 150 000 Mark und um die zur Sicherstellung der Licht- und Kraftversorgung im kommenden Winter erforderliche Erweiterung des Elektrizitätswerkes mit einem Aufwand von 500 000 Mark. Es hat sich bis jetzt als außerordentlich schwierig herausgestellt, für den Gesamtaufwand von 820 000 Mark eine Anleihe zu erträglichen Bedingungen aufzutreiben. Es soll daher ein Teil dieser Ausgaben aus der laufenden Wirtschaft bestritten werden, was einerseits durch die Streichung verschiedener Posten aus dem ersten Voranschlagsentwurf und durch Zurückstellung nicht unbedingt dringlicher Arbeiten, andererseits aber auch durch Erhöhung der Gebühren für die Erzeugnisse der technischen Werke erreicht werden soll. Demzufolge ist — beabsichtigt, den Gaspreis von 21 auf 23 Pfennig, den Lichtpreis von 50 auf 60 Pfennig, den Kraftstrompreis von 25 auf 30 Pfennig und den Wasserpreis um ein Viertel seines bisherigen Betrages heraufzusetzen. Eine Erhöhung der Umlage ist nicht beabsichtigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. An der Universität Freiburg ist in Verbindung mit der theologischen Fakultät ein Institut für Caritaswissenschaft errichtet worden, das seine Tätigkeit im kommenden Sommersemester mit einer Reihe von Vorlesungen aus den Arbeitsgebieten der Caritas beginnt.

D. Z. Schwellingen, 15. April. Die Schwelinger „Saison“ wurde am Ostermontag mit der ersten Sonderveranstaltung im Schloßgarten, einem Frühlingsfest, bei sehr gutem Besuch eröffnet.

D. Z. Baden-Baden, 15. April. Der Baisenhausevorsteher a. D. Ferd. Kühle feierte am Montag in vollkommener körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag.

D. Z. Gernsbach, 14. April. Am Ostermontag wurden in unserem Städtchen über 1400 durchfahrende Autos gezählt.

W. D. Konstanz, 14. April. Vor kurzem wurde hier der Gutsherr Schärer vom Buchhof bei Heiligenberg in der Bodenseeregion meuchlings erschossen. Der Staatsanwalt Konstanz ist es nunmehr gelungen, den Mörder in der Person des Landwirts Erich Meier aus Königsberg i. Pr. zu ermitteln. Meier, der mit der Frau des Ermordeten seit Jahren Beziehungen unterhielt, wurde bei Magensfurt festgenommen und dürfte seiner Auslieferung an Deutschland entgegengehen.

D. Z. Meersburg, 14. April. Die im ehemaligen Lehrerseminar hier demnächst zur Eröffnung gelangende Aufbauschule mit Internat soll, wie wir hören, den Namen „Meersee“ führen. Die Schule beginnt mit der 1. Klasse, in welche Schüler vom 6. Jahr der Volksschule aufgenommen werden. Im 1. Jahr rechnet man mit einer Schülerzahl von 60-80, was etwa der Frequenzziffer entspricht, die das Lehrerseminar im vorletzten Jahre vor seiner Aufhebung aufzuweisen hatte.

Vorausichtige Witterung für Donnerstag: Zeitweise böige Westwinde und Regenschauer, meist bedeckt, kühl.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. April		14. April	
	Geld	Kurs	Geld	Kurs
Amsterdam 100 G.	167,59	168,01	167,74	167,86
Kopenhagen 100 Kr.	77,40	77,58	77,16	77,36
Stokholm „ 100 Kr.	17,21	17,25	17,20	17,24
London „ 1 Pf.	20,077	20,127	20,05	20,115
Newyork „ 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris „ 100 Fr.	21,53	21,59	21,55	21,61
Schweden „ 100 Kr.	81,05	81,25	81,04	81,24
Wien 100 Schilling	59,07	59,09	59,075	59,095
Brag „ 100 Kr.	12,435	12,475	12,44	12,48

Zuteilung überall 100 Prozent

Von der Mühlheim-Badenweiler Eisenbahn A.G. Demnächst wird die Mühlheim-Badenweiler Eisenbahn A.G. ihre diesjährige Generalversammlung abhalten, der sie den Bericht über das 30. Geschäftsjahr vorlegen wird. Zum erstenmal seit über 10 Jahren kommen in diesem Jahre an die Aktionäre wieder Dividenden zur Verteilung, und zwar in Höhe von 3 Prozent. Nach dem Geschäftsbericht ist infolge der Besserung der Währung auch eine Besserung der Verhältnisse des Unternehmens eingetreten. Der Verkehr hat im Berichtsjahr eine Zunahme erfahren und die notwendigsten Erneuerungen der Bahnanlagen und Einrichtungen konnten vorgenommen werden. Der ausgewiesene Gewinn stellt sich auf 19 894 Mark. Davon werden 18 000 Mark auf Dividende verteilt und der Rest auf neue Rechnung vorgezogen. Aus dem Rekonstruktions-, Gepäcks- und Güterverkehr wurden rund 163 270 Mark vereinnahmt, während die Ausgaben für den Betrieb rund 112 620 Mark betragen.

Vereinigung für Aktienrecht. Eine Anzahl von Nationalökonomien und Juristen, zumeist Universitätsprofessoren, erteilt einen Aufruf zur Bildung einer Vereinigung für Aktienrecht. In dem Aufruf heißt es u. a.: Im deutschen Aktienwesen haben sich seit den Inflationsjahren schwere Mängel herausgebildet. Die dadurch hervorgerufene Verunsicherung droht den Kredit und die finanzielle Entwicklung der sozialen deutschen Gesellschaften in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Vereinigung für Aktienrecht soll auf dem Boden sachlicher Arbeit die Probleme klären und auf die Besserung der bestehenden Zustände hinarbeiten.

Weinbau und Weintrag im Deutschen Reich im Jahre 1924. Im Jahre 1924 betrug im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) die im Ertrag stehende Fläche 74 342 Hektar, der Weintrag insges. 1803864 Hektol. oder 24,3 Hektol. von 1 Hektar, der Durchschnittspreis für 1 Hektoliter 62,4 Mark, der Gesamtwert im ganzen 94 567 186 Mark (1923: 42 844 530 Mark) oder 1272 von 1 Hektar. Unter den einzelnen Weinbau treibenden Ländern steht Württemberg hinsichtlich des Hektar-ertrages mit 6,2 Hektoliter bei weitem an letzter Stelle; in Baden beträgt er 20,2 Hektoliter, in Bayern 26,5 Hektoliter, in Hessen 28,2 Hektoliter, in Preußen 33,1 Hektoliter. Nur Württemberg hatte sonach im Jahre 1924 einen Mißerfolg aufzuweisen. Dagegen übertrifft Württemberg hinsichtlich der erzielten Preise die anderen Länder beträchtlich; es beträgt der erzielte Durchschnittspreis für 1 Hektoliter in Württemberg 95,4, dagegen 58,6 Mark, in Preußen 55,2 M., in Bayern 49,3 Mark, in Hessen 42,1 Mark. Wiederum steht Württemberg hinsichtlich des auf 1 Hektar entfallenden Geld-ertrages, worin wenigstens des Bruttoertrages nach, das finanzielle Ergebnis der Weinernte zum Ausdruck kommt, erheblich zurück; es beträgt der durchschnittliche Geldertrag von 1 Hektar in Württemberg 589 Mark, in Baden 1182 M., in Hessen 1187 Mark, in Bayern 1307 Mark, in Preußen 1820 Mark. In Baden betrug im Jahre 1924 die im Ertrag befindliche Weinbaufläche 12 840 Hektar, in Hessen 14 416 Hektar, in Preußen (ohne Saargebiet) 16 202 Hektar, in Bayern (ohne Saargebiet) 20 100 Hektar. Württemberg steht mit 10 626 Hektar an letzter Stelle, während es noch vor 20 Jahren hinsichtlich des Umfangs der im Ertrage befindlichen Weinbaufläche (1904: 16 835 Hektar), Hessen (18 572 Hektar), beträchtlich übertrafen hatte, und nur wenig hinter Baden (17 866 Hektar) zurückgeblieben war.

Zeitschriftenchau

Deutsche Rundschau, Herausgegeben von Rudolf Boshel, Deutsche Rundschau, G. m. b. H., Berlin. — Das Märzheft, 130 Seiten stark, bringt einen sehr reichhaltigen Inhalt. Wir nennen die Aufsätze Karl Haushofer: Geopolitik des Pazifischen Ozeans, Ewald Sabit: Die politische Lage in Rußisch-Zentralasien, Alfred Brent: Eben Hedim als Forschungsreisender, Wilhelm Schmitt-Bonn: Die Frau, die keine Knoten binden konnte, Ernst Barthel: Strindberg und die Astrologie, Lothar Erdmann: Die Entschleunigung (Erzählung), usw. Wie immer sind die ständigen Rubriken: Vom Grenz- und Auslandsdeutschtum, Literarische Rundschau, 10 Jahre zum Gedenten des großen Kriegs, Politische Rundschau, Berliner Theater, Aus dem Berliner Musikleben usw., mit ihren Originalbeiträgen außerordentlich reichhaltig und interessant zu lesen.

Verschiedenes

Haarmann hingerichtet

W. D. Hannover, 15. April. Heute morgen 6 Uhr wurde durch den Scharfrichter Cröpker aus Magdeburg der Kaufmann Friedrich Haarmann, der durch Urteil des Schwurgerichts vom 19. Dezember 1924 wegen mehrfachen Mordes zum Tode verurteilt worden war, im Hofe des hiesigen Gefängnisses hingerichtet. Die Hinrichtung erfolgte durch das Fallbeil. Der Verurteilte machte einen sehr gefassten Eindruck. Er erklärte, daß er seine Taten bereue und als Mann sterben wolle. Die Exekution dauerte nur wenige Sekunden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Auftrag des Badischen Landesfiskus zur Verteilung der Rechtsfähigkeit. Das Badische Staatsministerium hat mit Entschluß vom 30. März 1925 Nr. 2584 gemäß § 22 Bürgerliches Gesetzbuch und Artikel 4 Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 17. Juni 1899 dem Badischen Landesfiskus die Rechtsfähigkeit verliehen. Karlsruhe, den 8. April 1925. Der Minister des Innern. J. B. Lees.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernann:

Verwaltungsoberrat August Guggenbühler zum Verwaltungsinspektor, Verwaltungspraktikant Eugen Mayer zum Rechnungsamt des Ministeriums des Innern zum Verwaltungsoberrat beim Bezirksamt Karlsruhe, Verwaltungspraktikant Albert Prückler bei der Fürsorgekasse für Gemeindefürsorge und Körperbeschäftigte in Karlsruhe zum Verwaltungsoberrat beim Bezirksamt Karlsruhe, Verwaltungspraktikant Josef Oster beim Bezirksamt Schopfheim zum Verwaltungsoberrat.

Entlassungen auf Ansuchen:

Verwaltungsinspektor Albert Jäger bei der Landesberufungsanstalt Baden in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernann:

Schulverwalter Friedrich Bauer in Brandenburg, Amt Schopfheim zum Hauptlehrer in Oberhausen, Amts Bruchsal.

In den einstufigen Ruhestand versetzt:

Die Direktoren: Geh. Studienrat Dr. Karl Beck an der Hauptschule in Karlsruhe, Julius Busch an der Elisabethschule in Mannheim, Karl Lang an der Oberrealschule in Pforzheim, Karl Lehn an der Neuburg-Oberrealschule in Freiburg, Leo Seger am Gymnasium in Konstanz, Geh. Hofrat Dr. h. c. Karl Seib an der Städt. Oberrealschule in Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Albert Waag an der Höheren Mädchenschule mit Mädchen-Realgymnasium in Heidelberg, Geh. Hofrat Friedrich Wittmann an der Oberrealschule in Heidelberg.

Die Professoren: Dr. Hermann Breidt an der Humboldt-schule in Karlsruhe, Richard Waffinger an der Helmholz-Oberrealschule in Karlsruhe, Dr. Max Müller I. am Realgymnasium I in Mannheim; Oberrealschule Karl Wilhelm Maier an der Weichenschule in Karlsruhe, Mediz. Oberlehrer Joh. Bapt. Jägle an der Realschule in Überlingen, Oberhandelslehrer Friedrich Wipf an der Handelsschule in Mannheim, die Hauptlehrer(innen) an Volksschulen: Karl Bohner in Dingseldorf, Karl Gummel in Karlsruhe, August Fuchs in Stodach, Emil Kast in Böggisheim, Wilhelm Kreis in Obrißheim, Bernhard Mähler, Helene Pfeiffer und Helene Roth in Freiburg, Albert Saur in Heidelberg, Hugo Schaller in Bobman, Luise Steckenbach in Altheim, Amt Wuden.

Gemäß Art. 14 N.P.B. sind ausgeschieden:

Frau Elisabeth Schurr, Handelslehrerin an der Handelsschule in Mannheim, Frau Elise Philips, Hauptlehrerin an der Volksschule in Mannheim.

10000

Staatslotterie

Noch ist es Zeit!

Am **Freitag** und **Samstag** (17. und 18. April) findet die Ziehung der 1. Klasse der **25./251. Preuß.-Südd. Klassenlotterie** statt. Es werden in 5 Klassen 195 000 Gewinne mit über **38 Millionen Reichsmark** ausgelost. Auf jedes dritte Los fällt ein Treffer. Lassen Sie die Gelegenheit nicht vorübergehen und sichern Sie sich jetzt noch ein Los bei

Zwerg vorm. Götz

bad. Lotterie-Einnehmer **276**
Hebelstr. 11 — Karlsruhe — Waldstr. 38
 Telephon 4828, Postscheckkonto 17808 **276**
 Lospreise **276**
 1/1 1/2 3/4 1/2 Lose
 24.— 12.— 6.— 3.— R.-M.
 per Klasse.

Statt besonderer Anzeige.

Am Ostermontag verschied nach schwerem Leiden in seinem achtundsechzigsten Lebensjahr mein lieber Mann, unser treuer Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Krautinger
Forstmeister a. D.

Konstanz, den 14. April 1925.

Für die Hinterbliebenen:
Elisabeth Krautinger, geb. Heegewald
 Amtsrichter **Dr. Krautinger**
Karl LeFrank und Frau Gertrud,
 geb. Krautinger.
 Stille Bestattung. **275**

51 Kronenstrasse 51

Kofferhaus Lämmle

Aktenmappen Schulranzen
Damentaschen Coupékoffer
Berufstaschen Reisekoffer
 (188) Beste Fabrikate.

Möbel

kaufen Sie in bester Qualität zu billigen Preisen im **Möbelhaus Ernst Gook**
 Kreuzstr. 26. Lagerbestellung ohne Kaufzwang. **299**

Deutsche Feuerbestattungsgesellschaft
„Stamme“

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Zirkel 16/11, Schweinsbühl
 Geschäftszeit 10—2 und 6—8, Samstags 10—2.
 Ohne jede Wartezeit unbedingter Rechtsanspruch auf kostenlose Feuerbestattung. Monatl. Beiträge von 20 Pfg. bis M. 1.10. **Kein Kirchenaustritt.** Auskunft und Prospekte kostenlos. **124**

BAUBUND-MOBEL
 Hervorragend in Form & Güte
 kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
 G.M.B.H.
KARLSRUHE
 Karl-Friedrich-Strasse 22
 am Rondellplatz
 TAGL. GEÖFFNET
 VON 8 1/2—12 1/2 UND 2—6 1/2 UHR

Vortragabend

des **Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.** anlässlich der 7. Bundestagung am **Freitag, den 17. April 1925, abends 8 Uhr**, im **Städtischen Konzerthaus** unter Mitwirkung des **Musikvereins Harmonie Karlsruhe** (Dirigent: Hugo Rudolph)

1. „Ave verum“ Mozart
2. Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Baden und den Präsidenten des Volksbundes.
3. Ansprachen.
4. Marsch über das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ Friedmann
5. Dichtervortrag: „Unsere Kriegsgräber und die Fürsorge des Volksbundes“ Generalsekretär Dr. Eulenberlin.
6. „Die Ehrenwache“ Leonhardt

Eintrittskarten zu M. 1.— im Vorverkauf im **Zigarrenhaus R. Pfeiffer, Kaiserstraße 74** (am Marktplatz) Telephon 576 und ab 7 Uhr im **Städtischen Konzerthaus** **271**

Männergesangverein St. Johanner Sängerbund aus Saarbrücken

Morgen-Konzert

Sonntag, den 26. April 1925, vormittags 11 1/2 Uhr im großen Festhallsaal
 Männerchöre und Klavierstücke von Schubert
 Mitwirkende: Frau **Liese Wolff-Wagner**, Pianistin, Saarbrücken, und der **Männerchor des Vereins**
 Leitung: Musiklehrer **Georg Hitzelberger**
 Feurich-Flügel aus dem Odeonhaus
 Eintrittspreise Mk. 1 bis 3. Vorverkauf: Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiser-Ecke Waldstr. Auskunft: **Verkehrsverein** **245**

Badisches Landestheater

Donnerstag, den 16. April 1925
 G. 21. 26. G. 2. Sonderg.
 3401—3700

I. Teil

Tragödie von Goethe.
 In 5 Akten.
 In Szene gesetzt von **Felix Baumhach**.

Personen:

Städtische Sparkasse Heidelberg
 Öffentliche Anstalt

Bilanz am 31. Dezember 1924.

Forderungen.	
Kasse	32 368,54
Wechsel	161 325,25
Eigene Wertpapiere	154,—
Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken	6 867,23
Guthaben bei der Girozentrale	45 415,91
Hypotheken	1,—
Darlehen in laufender Rechnung	2 188 134,60
Liegenschaften	1,—
Liegenschafts-Ertragsausstand	24,50
Einrichtung	1,—
Ersparposten 1925	6 255,—
	2 440 548,03
Verbindlichkeiten.	
Referenzfond	10 881,20
Guthaben der Girozentrale (Ist-Rechnung)	163 067,91
Sparanlagen (hierunter M. 5457,34 Aufw.)	1 214 289,56
Referve	927 750,84
Guthaben in Ist-Rechnung	124 558,72
Reingewinn	2 440 548,03

Güldweil. Baugewerks-Berufsgenossenschaft
 Sektion III Freiburg i. Br.
Bekanntmachung.

Gemäß § 5 der Wahlordnung der Südwesentlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft geben wir hiermit bekannt, daß am

Samstag, den 30. Mai 1925, nachmittags 3 Uhr

in Säckingen im Hotel zum Schützen gelegentlich unserer diesjährigen Sektionsversammlung die Wahl von

1. sieben Vertretern zur Genossenschaftsversammlung und sieben Erfahrmännern und von
2. fünf Mitgliedern des Sektionsvorstandes und fünf Erfahrmännern

stattfinden wird. Die Wahl kann eine Stunde nach ihrem Beginn geschlossen werden.

Der nach § 7 Abs. 1 der Wahlordnung vom Wahlvorstand aufgestellte Wahlvorschlag liegt in der Geschäftsstelle der Sektion in Freiburg, Erwinstraße Nr. 37, aus und kann daselbst innerhalb der Geschäftsstunden eingesehen werden. Weitere Wahlvorschläge können unter Beobachtung der einschlägigen Bestimmungen (§ 7 der Wahlordnung) bis zum Samstag, den 2. Mai 1925 (Tag, der vier Wochen vor dem Wahltag liegt) an den Wahlvorstand unter der Adresse: Wahlvorstand der Sektion III der Südw. Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Freiburg i. Br., Erwinstraße 37, eingereicht werden, und werden nach ihrer Zulassung ebenfalls in der Geschäftsstelle zur Einsichtnahme ausgelegt werden. Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Wahlvorschläge gebunden.

Die als Wählerlisten geltenden Betriebs- und Lohnverzeichnisse können ebenfalls bei der Geschäftsstelle von heute bis zum 28. Mai 1925 (3 Tage vor dem Wahltag) eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich hieraus ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Wahlvorstand durch Vermittlung der Geschäftsstelle einzulegen.

Der Wahlvorstand ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen, weshalb es sich empfiehlt, den Mitgliedschein als Ausweis zur Wahlhandlung mitzubringen.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. An Stelle der Aufzählung der Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe und 10,4 : 14,7 Zentimeter groß sein. Wenn Stimmzettel von dieser Bestimmung abweichen, sind sie ungültig, wenn das Abweichen die Abgabe einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht.

Freiburg i. Br., den 14. April 1925.
 Der Wahlvorstand:
 Ludwig Mayer.

Biehof- und Viehmarktordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe betr.

Mit Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt Karlsruhe und nach Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissär in Karlsruhe, die mit Entschließung vom 3. April 1925 erfolgt ist, wird mit sofortiger Wirkung ortspolizeilich vorgeschrieben, was folgt:

Die Biehof- und Viehmarktordnung der Landeshauptstadt Karlsruhe vom 26. August 1914 wird in folgender Weise abgeändert:

a) In der Einleitung werden hinter „§§ 87a, 90, 93 und 95 Pol.-Str.-G.B.“ eingeschaltet die Worte: „sowie des § 17 Abs. 2 der bad. V.D. vom 23. Dezember 1903, die Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit betr.“

b) Der § 4 erhält folgende Fassung:
 Sämtliches in die Stadt Karlsruhe eingeführte Schlachtvieh muß sofort in den städtischen Biehof verbracht werden, soweit es nicht unmittelbar in den Schlachthof kommt. Das Einstellen von Schlachtvieh außerhalb des Biehofs ist verboten.
 Als Schlachtvieh im Sinne des Abs. 1 ist anzusehen alles Vieh mit Ausnahme von Kuh- und Zuchtvieh.

Karlsruhe, den 11. April 1925.
 Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion B. O. 3. 48

Badisches Landestheater

Donnerstag, den 16. April 1925
 G. 21. 26. G. 2. Sonderg.
 3401—3700

II. Teil

Tragödie von Goethe.
 In 5 Akten.
 In Szene gesetzt von **Felix Baumhach**.

Personen:

Bärner	Bürger
Nephtopoteles	vonderTrent
Kriem	Scheinflug
Eisen	Kunze
"	Bollner
"	Murhammer
Der Kaiser	Dahlen
Der Bischof-Kanzler	Herz
Der Schatzmeister	Hübner
Der Markgraf	Beug
Der Beiermeister	Ebert
Der Astrolog	Brüter
Der Herold	Brand
Der Narr	Häcker
Klugheit	Kaffe
Furcht	Clement
Offnung	Scheinflug
Knabe Venker	Bollner
Baccalaureus	Kreuzinger
Famulus	Müller
Wagner	Gemmede
Homunculus	Kaffe
Erichso	Moeller
Veneios	Häcker
Chiron	Herz
Manto	Frauenborfer
Selena	Ermarth
Karis	Kreuzinger
Pantalis	Frauenborfer
Phileman	Gemmede
Baucis	Noormann
Mangel	Ermarth
Schuld	Berlow
Sorge	Frauenborfer
Not	Scheinflug
Bater Sefaticus	Dahlen
Bater Profundus	Ebert
Dr. Mariamus	Herz
Raphael	Kreuzinger
Mater gloriosa	Moeller
Una Bönitentium	Scheinflug
Anfang 6 Ende nach 10 1/2	
Preise: Sperrfisch I. Abt. 4.80	

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.		Haben.	
Borausgabe Zinsen	90 404,46	Bereinnahmte Zinsen	265 263,53
Verwaltungskosten a) persönliche	58 694,48	Bereinnahmte Gebühren	15 658,68
b) sachliche	19 251,00	Ertrag der Liegenschaften	11 986,54
Reingewinn	124 558,72		292 908,75
	292 908,75		
Nach § 14 der Satzung sind vom Reingewinn vorweg 5% der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger als Rücklage zu verwenden. Dem Referenzfond sind somit aus M. 1 934 915.— Zugang für 1924 = 96 745.—			
zuzuführen; der Rest vom Reingewinn wird als Selbstversicherungsrücklage verwendet =	27 813,72		
	124 558,72		

271

Ortspolizeiliche Vorschrift

betr. die Ausübung der Schlachthofordnung auf die Stadtteile Beierheim, Darlanden, Grünwinkel, Rintheim und Rippurr.

Mit Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt Karlsruhe wird auf Grund der §§ 87a und 93 der Polizeistrafgesetzbuches folgende mit Entschließung des Herrn Landeskommissärs vom 4. April 1925 für vollziehbar erklärte

Ortspolizeiliche Vorschrift

§ 1. Die Benutzung der in den Stadtteilen **Beierheim, Darlanden, Grünwinkel, Rintheim und Rippurr** bestehenden Schlachthöfen wird untersagt. Das Schlachten aller Art von Schlachtvieh, und zwar sowohl das gewerbsmäßig wie das nichtgewerbsmäßig betriebene Schlachten darf künftighin von den Einwohnern dieser Stadtteile nur im städtischen Schlachthof vorgenommen werden.

Der Ortspolizeibehörde bleibt es vorbehalten, für die Hauschlachtungen von Kalbren, Ferkeln und Schweinen Befreiung vom Schlachthofszwang unter bestimmten, von ihr festzusetzenden Bedingungen zu gewähren.

§ 2. Die Bestimmungen der Schlachthofordnung (Ortspolizeiliche Vorschrift vom 26. August 1914) werden auch auf die in § 1 genannten Stadtteile für anwendbar erklärt.

§ 3. Die ortspolizeiliche Vorschrift vom 26. Juni 1917, betr. die Ausübung der Schlachthofordnung auf die Stadtteile Beierheim und Rippurr, wird hierdurch aufgehoben. **D. 3. 47**

Karlsruhe, den 11. April 1925.
 Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion B.